



# Gutschein-System fördert Ressentiments

Nur in den Kreisen Greiz und Weimarer Land noch Lebensmittelgutscheine für Flüchtlinge

**Die meisten Thüringer Landkreise haben sich bei der Betreuung von Asylbewerbern vom Gutschein-System verabschiedet. Nach Angaben des Thüringer Flüchtlingsrats geben bis auf die Kreise Weimarer Land und Greiz alle anderen wieder Bargeld statt Lebensmittelgutscheine für Flüchtlinge aus.**

Auf Meldungen, wonach der Landrat Hans-Helmut Münchberg (Weimarer Land) in der Gutschein-Praxis keine Diskriminierung von Asylbewerbern erkennen könne, erklärte die LINKE Landtagsabgeordnete Sabine Berninger: Münchbergs Äußerungen „belegen einmal mehr seine Grundhaltung gegenüber Menschen anderer Herkunft“. Diese könne man nur als rassistisch bezeichnen.

„Gutscheine diskriminieren und befördern Ressentiments gegenüber Ausländern und das ist ganz offensichtlich im Sinne des Herrn Münchberg“, betonte die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Was den Landkreis Greiz betreffe, so habe der dortige Umgang mit Flüchtlingen den Thüringer Flüchtlingsrat bereits im Jahr 2010 zu einer Petition an den Landtag veranlasst. Allerdings habe es in dem Landkreis trotz Intervention durch den Petitionsausschuss kaum Veränderungen gegeben. „Wenn argumentiert wird, dass die Ausgabe von Gutscheinen vom Gesetzgeber nach wie vor erlaubt sei, wird verschwiegen“, so Sabine Berninger wei-

ter, „dass das Bundesverfassungsgericht in seinem letzten Urteil zum Asylbewerber-Leistungsgesetz davon ausgegangen ist, dass die Sachleistungen in der Praxis meist durch Geldleistungen ersetzt werden“.

„Die Zivilgesellschaft beider Landkreise ist aufgefordert, Druck auf die politischen Verantwortlichen zu machen, damit die Kreise nicht auf Dauer das bundesweite Negativbeispiel im Umgang mit Flüchtlingen bleiben“, sagte die LINKE Landtagsabgeordnete.

### Studenteninitiative und gemeinsamer Kreistags-Antrag

Unmittelbar nach Bekanntwerden der Haltung des Landrates des Kreises Weimarer Land hat sich die LINKE Wahlkreisabgeordnete des Bundestages, Kersten Steinke, an Hans-Helmut Münchberg gewandt und ihn aufgefordert, die Lebensmittelgutscheine für Flüchtlinge abzuschaffen.

Wörtlich heißt es in ihrem Schreiben: „Daher unterstütze ich den Offenen Brief der studentischen Initiative aus Apolda vom 22. Oktober 2012 und fordere Sie hiermit auf, dem Beispiel der übergroßen Mehrheit der Thüringer Landkreise zu folgen und das diskriminierende Gutschein-System auch in Ihrem Verantwortungsbereich aufzugeben.“ Dazu arbeiten gegenwärtig auch die beiden Fraktionen der LINKEN und der Grünen im Kreistag Weimarer Land an einem gemeinsamen Antrag für die nächste Kreistagssitzung.

### Systematisch diskriminiert - zur Lebenssituation der Roma

Die Landtagsfraktionen LINKE und GRÜNE laden am Dienstag, 20. November, 18 Uhr, in den Landtag (R. 121) zur öffentlichen Veranstaltung zur Lebenssituation der Roma in Serbien und den politischen Perspektiven für Roma in Europa ein.

Anne Tahirovic, refugio Thüringen e.V., berichtet über Begegnungen in serbischen Romasiedlungen, die Schul- und Wohnverhältnisse und über die Möglichkeit des Zugangs zu existenzsichernder Arbeit. Die Roma gehören in mehreren Staaten der Balkanhalbinsel zu den am stärksten benachteiligten Gruppen, sie sind die Ärmsten der Armen, weil ihnen infolge der Diskriminierung der Zugang zu Arbeit, Bildung, medizinischer Behandlung und Grundsicherung verwehrt bleibt. Aus Angst um das eigene Überleben flüchten Roma aus Serbien und Mazedonien in die reichen Staaten Europas.

Regelmäßig vor den Wintermonaten steigt die Zahl der Flüchtlinge an. Den diesjährigen Anstieg auf immer noch niedrigem Niveau nutzte Bundesinnenminister Friedrich (CSU), um Roma als „Wirtschaftsflüchtlinge“ zu diskreditieren, ihnen „Asylmissbrauch“ vorzuwerfen, in gefährlicher Weise an die Debatte der frühen 90er Jahre erinnernd.

LINKE und GRÜNE bringen einen gemeinsamen Antrag für einen Abschiebestopp von Flüchtlingen der Balkanhalbinsel in den Landtag ein. ■

## KOMMENTIERT:

von Bodo Ramelow

### An „1984“ erinnert

*Der Vorgang erinnert schon stark an George Orwells „1984“. Die Staatsanwaltschaft Meiningen schöpft einen leisen Verdacht und sofort wird mit allen Mitteln gegen alles und jeden ermittelt. Es geht um einen MDR-Bericht zum Papst-Besuch im vergangenen Jahr. Der Sender hatte berichtet, wie viele Polizisten dabei im Einsatz sind, die Infos hatte er – nach eigenen Angaben – aus einem vertraulichen Einsatzbefehl.*

*Die Meininger Staatsanwaltschaft vermutet, dass das Dokument von einem Polizei-Personalrat aus Saalfeld kam. Also werden bei dem mal eben das Büro und die Wohnung durchsucht. Und weil er bei Facebook mit Martina Renner befreundet ist, wird die Korrespondenz mit unserer Abgeordneten auch gleich mit durchleuchtet. Außerdem gerät auch Katharina König ins Visier der Ermittler, die hat schließlich – böse, böse – ihr Wahlkreisbüro in Saalfeld. Soweit konnte man das aus diversen Medien entnehmen.*

*Der Höhepunkt der Skurrilität war aber noch gar nicht erreicht. Die normale Reaktion auf einen so absurden Vorgang ist ja, dass man einen Anwalt beauftragt nachzufragen, was denn der Inhalt der Ermittlungsakten ist. Das klingt für die Staatsanwaltschaft Meiningen vielleicht komisch, ist aber so. Martinas Anwältin bekam als Antwort, dass es keine Telefonüberwachung von Martina gegeben habe – das wäre ja auch noch schöner – dafür wurde ein Vorermittlungsverfahren gegen Martina wegen übler Nachrede eingeleitet.*

*Das schlägt dem Fass den Boden aus. Martina Renner hatte sich zu diesem Skandal gar nicht geäußert, sondern das war meine Aufgabe als Fraktionsvorsitzender. Dazu haben wir im Landtag geredet und es wurde gegenüber dem Justizminister angesprochen. Es scheint sich wohl um eine Retourkutsche mit dem Ziel der Einschüchterung zu handeln.*

*Unglaublich, denke ich so bei mir und erinnere mich daran, dass es die gleiche Staatsanwaltschaft war, die die VVN/BdA-Ausstellungstafeln „beschlagnahmen“ ließ und hinterher erklärte, dass es nur ein „Ausleihen“ gewesen sei oder so ähnlich. Ach ja, die verantwortliche Landesvorsitzende der VVN/BdA ist wer? Richtig, Martina Renner. Offenbar besteht bei der Staatsanwaltschaft Meiningen eine besondere Zuneigung gegenüber unserer stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden.*

**Aus dem online-Tagebuch:**  
<http://www.bodo-ramelow.de/> ■

## AKTUELL

# Antrag: Doppelförderung abschaffen

Nach der Abstimmung im Bundestag am 9. November zur Einführung eines Betreuungsgeldes ab dem 1. August 2013 hatte die Linksfraktion im Landtag ihre Forderung nach Einstellung des Thüringer Erziehungsgeldes unterstrichen. „Spätestens ab August des kommenden Jahres muss das Geld für andere bildungs- und familienpolitische Leistungen eingesetzt werden“, sagte Margit Jung, familienpolitische Sprecherin, und kündigte dazu eine Gesetzesinitiative im Landtag an.

Da es sich in beiden Fällen um eine Geldleistung dafür handele, dass Eltern ihre ein- bis dreijährigen Kinder zu Hause betreuen, erübrige sich das Thüringer Erziehungsgeld. „Wir werden deshalb zusammen mit

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Gesetzentwurf in den Landtag einbringen, mit dem die Thüringer Leistungen eingestellt werden, sobald es den Rechtsanspruch auf das Betreuungsgeld gibt“, so Frau Jung weiter.

DIE LINKE lehne zwar grundsätzlich beide Geldleistungen ab und begrüße auch das Betreuungsgeld nicht. Da dieses nun aber beschlossen sei, müsse eine solche Leistung zumindest nicht doppelt ausgezahlt werden.

„Wir bedauern es sehr, dass die Bundesregierung 1,2 Milliarden Euro für eine Leistung ausgeben will, die zwei Drittel der Bevölkerung ablehnt“, betonte die Abgeordnete. Das sei umso ärgerlicher, da der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz auch im kommenden August nicht umsetzbar sein werde.

Das Betreuungsgeld ist die Opfergabe auf dem Alter der CSU, um deren konservative Wählerschaft bei Laune zu halten und den Regierungsbruch zu verhindern.

„Gleichzeitig fehlten auch in Thüringen nach wie vor Betreuungsplätze, der Ausbau der Kitas zu Eltern-Kind-Zentren steckt noch in den Anfängen und es fehlen sonderpädagogisch ausgebildete Erzieherinnen und Lehrkräfte, um Kinder mit besonderem Förderbedarf besser zu unterstützen.“

„Wir beantragen deshalb, dass das freiwerdende Geld für familien- und bildungspolitische Leistungen verwendet wird, die die Bildungs- und Zukunftschancen der Kinder deutlich verbessern“, erklärte die Familienpolitikerin der Linksfraktion. ■